Nr. 164. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 17. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Oesterreichischer Ansturm an Piave und Brenta

Der Vorstoß der Oesterreicher — Uebergang über die Piave — Feindliche Stellungen in breiter Front genommen — 10000 Gefangene, 50 Geschütze — Vorteile an der Brenta nur teilweise behauptet — 6000 Gefangene — Starke französische Angriffe gegen Dommiers und im Villers-Cotterets-Wald.

Berlin, 16. Juni 1918, abends. Amtlich.

Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 16. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Merris und nördlich von Bethune wurden englische Teilangriffe, bei denen der Feind westlich von Locon in unsere vorderen Linien eindrang, im Nahkampf abgewiesen. An der übrigen Front blieb die Infanterietätigkeit auf Erkundungsgefechte beschränkt. Der Artilleriekampf lebte am Abend nördlich der Lys, nördlich der Scarpe und beiderseits der Somme auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Kleinere Infanteriegefechte auf dem Kampffelde südwestlich von Noyon.

Südlich der Aisne dauerte die erhöhte Gefechtstätigkeit an. Starke Angriffe der Franzosen gegen Dommiers wurden durch Gegenstoß auf der Höhe westlich von Dommiers zum Scheitern gebracht. Ebenso brach ein gegen unsere Linien am Walde von Villers-Cotterets gerichteter Angriff verlustreich zusammen.

Leutnant Menkhoff errang seinen 34. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. Juni. Amtlich wird verlautbart.

Gestern früh griffen an der Piave und beiderseits der Brenta unsere Armeen nach mehrstündigem Artilleriemassenfeuer die Italiener und ihre Verbündeten an. Die Heeresgruppe des Feldmarschalls von Boroevic erzwang sich an zahlreichen Stellen den

Uebergang über die hochgehende Piave.

Die Korps des Generalobersten Wurm nahmen nach Niederringen erbitterter Gegenwehr San Donna di Piave und beiderseits der Bahn Oderzo—Treviso in breiter Front die feindlichen Stellungen. Die Truppen des Generalobersten Erzherzog Joseph bemächtigten sich überraschend der Verteidigungsanlagen am Ostrande des Montello und drangen in dieses Höhengelände ein. General der Kavallerie Fürst Schönburg wurde bei dem Uebergang seines Korps durch eine Granate verwundet.

Die Zahl der an der Piave eingebrachten Gefangenen beträgt 10 000, an erbeuteten Geschützen sind bisher etwa 50 gemeldet.

Auch der erste Ansturm beiderseits der Brenta hatte Erfolg. Starken feindlichen Widerstand brechend und alle Hindernisse des zerklüfteten, waldreichen Gebirges überwindend, stießen unsere Truppen

vielfach bis in die dritte feindliche Stellung

vor, wobei 6000 Italiener, Franzosen und Engländer als Gefangene in unserer Hand blieben. Die damit gewonnenen Vorteile vermochten wir aber nur teilweise zu behaupten. Ostlich der Brenta mußte der Berg Mauriero vor überlegenen, durch flankierendes Geschützfeuer unterstützten Gegenangriffen des Feindes wieder freigegeben werden, indessen der Italiener an den Nordhängen der Grappa vergebens gegen unsere hart in seine ersten Linien festgeklammerten Bataillone vorstürmte.

In den Waldzonen der Sieben Gemeinden trafen unsere Regimenter auf eine von den Alliierten schon in den Vortagen vorbereitete Angriffstruppe, vor deren Gegenstoß ein Teil des eroberten Geländes wieder geräumt wurde.

Bei Riva, im Abschnitte des Majors Erzherzog Maximilian, entrissen wir den Italienern den Dosso Alto.

Im Adamello-Gebiet erstürmten bewährte Hochgebirgsbataillone den Corno di Cavento, wobei 100 Gefangene und 3 feindliche Geschütze eingebracht wurden.

In Albanien wurde am 14. Juni abends ein neuerlicher Angriff der Franzosen im Devoli-Tale abgeschlagen.

Der Chef des Generalstabes.

Oesterreichische Kabinettskrise?

Wien, 16. Juni. Das „Fremdenblatt" erfährt von gut unterrichteter parlamentarischer Seite, die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder sei der Ansicht, daß, falls eine Parlamentstagung jetzt nicht möglich sei, die Regierung zurücktreten oder das Haus auflösen müsse. Wenn der Ministerpräsident diesen Standpunkt nicht teilen sollte, so sei eine Anzahl Minister fest entschlossen, aus dem Kabinett auszuscheiden. Sollte dieser Fall eintreten, so beabsichtige Ministerpräsident v. Seidler eine Umbildung des Kabinetts durch Heranziehung führender deutscher Abgeordneten, wodurch das Ministerium einen entschiedenen politischen Charakter gewinnen würde. Dieses Ministerium würde auf Grund des Paragraph 14 einschneidende Verfügungen in nationaler Hinsicht treffen.

Die kaukasisch-mittelmächtlichen Verhandlungen.

Konferenzort: Konstantinopel.

Die vor einigen Tagen auftauchende Meldung, mit den Kaukasiern solle in Konstantinopel verhandelt werden, wurde alsbald als verfrüht bezeichnet. Die Vermutung, daß Berlin Konferenzort werden dürfte, bestätigt sich aber nicht, denn jetzt meldet Wolffs Bureau aus Konstantinopel, unter gleichzeitiger Berichtigung der über das Abkommen in Batum umlaufenden Nachricht:

Justizminister Halil Bey, der die Verhandlungen in Batum geführt hat, ist zurückgekehrt. Ein Schiff wird die Bevollmächtigten der drei kaukasischen Nationalitäten zu der Konferenz, die hier abgehalten werden soll, aus Batum abholen.

Hinsichtlich der Verhandlungen in Batum erklärt man in amtlichen Kreisen des Ministeriums des Aeußern, daß der bisher gehegte Wunsch der Türkei hauptsächlich der Einstellung der Feindseligkeiten gegolten habe, was mit dem abgeschlossenen Abkommen erreicht worden sei, das keinen Vertrag bedeute, da es sich hierbei nicht um anerkannte Staaten handle. Die Verhandlungen werden nunmehr in Konstantinopel fortgesetzt werden.

Ein Termin wird von Wolffs Bureau nicht mitgeteilt. Die Fortsetzung der Verhandlungen hat ja auch erst dann einen Zweck, wenn die noch ausstehende Anerkennung der südkaukasischen Republik Georgien erfolgt sein wird.

England organisiert den Wirtschaftskrieg.

Nach Mitteilung des Hollandsch Nieuwsbüro aus London werden jetzt die Berichte der verschiedenen Kommissionen, die 1916 durch den Handelsminister zur Erforschung der Lage von verschiedenen Handelsbranchen nach dem Kriege in bezug auf die internationale Konkurrenz ernannt worden sind, veröffentlicht. Diese Kommissionen verlangen übereinstimmend, daß nach dem Kriege in der Belieferung der Rohstoffe vor allem die Alliierten bevorzugt werden. Was besonders die Textilindustrie anlangt, so schlägt die Kommission Regierungsmaßnahmen vor, durch die die Baumwollindustrie von Großbritannien von ausländischen Quellen unabhängig gemacht wird. Der Export von Textilmaschinen soll an andere Staaten nicht eher zugelassen werden, als nicht nur die britischen, sondern auch die alliierten Fabriken einen gewissen Vorsprung haben. Bezüglich der Einfuhr fertig gewebter Güter schlägt die Kommission vor, daß durch Aufstellung von Spezialtarifen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schlechter gestellt werden als die Neutralen, und daß die Neutralen wiederum einen höheren Tarif zu entrichten haben, als die jetzt miteinander verbündeten Staaten. Zu ähnlichen, den freien Handel mit den Mittelmächten einschränkenden Vorschlägen gelangen auch die übrigen Kommissionen, die für Wolle, Flachs, Jute und Erze eingesetzt waren.

Die Kiewer Friedensverhandlungen.

Kiew, 15. Juni. In der gestrigen Gesamtsitzung der Friedensunterhändler ist die Erörterung der Grenzfragen begonnen worden. Die Vertretung der Sowjet-Regierung verlangt allgemeine freie Volksabstimmung auf ethnographischer Grundlage, die ukrainische will die Abstimmung nur in strittigen Ausnahmefällen zulassen, soweit dadurch Interessen des gesamten Staatsorganismus nicht gefährdet werden. Eine Einigung ist nicht erzielt worden.

Die drohende Kleiderenteignung

Für die Rüstungsarbeiter werden eine Million Anzüge benötigt, natürlich müssen sie beschafft werden. Zu diesem Zweck aber werden Mittel angekündigt, die das stärkste Bedenken erregen müssen.

Es ließe sich zunächst die Frage aufwerfen, ob für die Rüstungsarbeiter nicht längst auf demselben Wege Kleidung hätte beschafft werden können, auf dem für weit mehr als 10 Millionen Soldaten das nötige Kleidungsmaterial nun schon vier Jahre lang besorgt worden ist. Wenn man bedenkt, daß es sich jetzt um ein Aufbringungssoll von einer Million Anzüge handelt, so kann man eigentlich nicht sagen, daß dieser Posten sehr stark ins Gewicht fiele neben den Millionen über Millionen Uniformen, die für das Heer benötigt werden.

Hier hat man es verstanden, auf Jahre hinaus einen Riesenbedarf — und Uniformen verschleißen im flandrischen Schlamm noch weit schneller als Anzüge in der Industrie — zu decken. Das Heimatheer aber scheint vollkommen vergessen worden zu sein, man erinnert sich seiner erst, da es fast zu spät ist. Statt daß man rechtzeitig Bestände angesammelt hätte, greift man jetzt in die Kleiderschränke der Privaten.

Gegen die freiwillige Sammlung von Anzügen ist natürlich nichts einzuwenden. Auch nicht gegen jede Zwangsenteignung. Viele von denen, in deren Kleiderschrank jetzt die Staatsfaust hineingreift, verdienen alles andere als Mitleid oder Schonung. Aber wir fürchten, daß gerade die, deren Kleiderluxus am schlimmsten gegen das allgemeine Wohl gewütet hat, am allerglimpflichsten davonkommen werden.

Es gibt zweifellos in Deutschland noch eine Anzahl Menschen, die Kleider in viel größerer Zahl besitzen, als ein normaler Bedarf dies erfordert. Vor dem Kriege brachten unsere Klatsch- und Familienblätter mitunter Zusammenstellungen über die Kleiderbestände fürstlicher Persönlichkeiten und dabei sah man mit Staunen, daß nicht wenige von diesen einige hundert, ja selbst einige tausend Anzüge bei sich aufgestapelt hatten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Bestände unter dem Krieg sehr gelitten haben. Wird man aber an ihre Enteignung gehen? Bei Beurteilung dieser Frage denke man daran, wie zum Beispiel die Metallbeschlagnahme in fürstlichen Schlössern durchgeführt worden ist.

Zweifellos haben auch eine Reihe sonstiger reicher und wohlhabender Personen vor dem Kriege und auch noch während des Krieges ungeheuren Kleiderluxus getrieben. Wir alle kennen die geputzten Laffen, deren ganzes Streben in dem Ehrgeize aufgeht, sich durch auffällige und stets wechselnde Kleidung hervorzutun, ein Gebiet, auf dem sich namentlich die Sprößlinge der Bourgeoisie auszeichnen, denen es an Geistesgaben gebricht, auf anderen Gebieten etwas zu leisten. Das Sammeln von Bekleidungsstücken ist ihnen ein Sport geworden, ein paar Beinkleider öfter als dreimal zu tragen, erachten sie als Zeichen beneidenswerten Plebejertums.

Aber gerade diesen Modenarren hat man es bei der freiwilligen Kleiderablieferung lächerlich bequem gemacht, sich durch Hergabe eines einzigen Anzuges von weiteren Eingriffen zu befreien. Wer einen Anzug ablieferte, braucht seinen Bestand nicht anzugeben. Was aber besagt ein Anzug bei einem Manne, der 50 oder 60 Anzüge daheim hängen hat! Ist für ihn die Abgabe von 20 Anzügen nicht immerhin noch viel leichter zu ertragen, als für jemanden, der vier oder fünf Anzüge hat, die Abgabe eines einzigen?

Darüber aber darf man sich nicht täuschen, daß bei der großen Menge der Bevölkerung durchaus kein Ueberfluß an Bekleidungsstücken, sondern im Gegenteil fühlbarer Mangel herrscht. Das gilt durchaus nicht nur für die Arbeiterschaft. Auch weite Kreise der Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, ja sogar solcher Leute, die man als „besserituiert" bezeichnet, sind weniger infolge der Bezugsscheinpflicht, als infolge der enorm gestiegenen Preise seit Jahr und Tag schon nicht mehr in der Lage gewesen, ihre Garderobe zu ergänzen, und leben im wesentlichen von alten Beständen.

Man kann wohl sagen, daß außer den Kriegsgewinnlern und ganz Reichen heute nur sehr wenig Menschen in Deutschland Ueberfluß an Kleidung haben. Sicher aber wird man die angekündigte Enteignung nicht auf diese Kreise beschränken, sondern sehr viel breitere mit heranziehen, um einen möglichst großen Ertrag zu erzielen. Wie weit eigentlich gegangen werden soll, wird ja noch nicht verraten, wie überhaupt die maßgebenden Stellen bestrebt sind, über ihre Absichten recht tiefes Dunkel zu verbreiten. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach werden zahlreiche Beamte, Angestellte, Kleingewerbetreibende und auch Arbeiter aus anderen als Rüstungsbetrieben, die in durchaus nicht guten Verhältnissen leben, mit herangezogen werden.

Diesen gegenüber bedeutet eine Zwangsenteignung aber eine ungeheure Härte. Es wird kurzerhand dekretiert, daß der Mensch mit einem guten und einem Werktagsanzug

auszukommen habe. Ob ein solches Auskommen möglich ist, muß sehr bezweifelt werden. Im heutigen Kulturleben — es war übrigens niemals anders — stellen Kleider nicht nur ein rein technisches Mittel zur Abhaltung der Kälte, sondern ein wesentliches gesellschaftliches Mittel dar. Man mag das verwerfen, aber man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung der Erwerb und Beruf vieler Leute mit einem gewissen Kleideraufwand untrennbar verbunden ist. Der Handlungsgehilfe, der in der Joppe hinter den Ladentisch treten wollte, oder der Ravonchef, der im Warenhaus im Alltagsanzug herumliefe, sie würden von ihrem Chef unfehlbar auf die Straße gesetzt werden.

Man wird uns vielleicht einwenden: euch als Sozialisten kann es ja nur lieb sein, wenn durch den Satz: „jeder Mensch braucht nur zwei Anzüge" eine gewisse Gleichheit auf diesem Gebiete herbeigeführt wird. Aber tatsächlich wird das gar nicht geschehen. Denn der Satz bedeutet nur, daß dem, der gerade noch drei Anzüge sein eigen nennt, einer fortgenommen werden kann. Bedeutet er aber auch, daß dem Besitzer von zwanzig Anzügen achtzehn fortgenommen werden? Wir zweifeln sehr, daß derartiges beabsichtigt ist. Oder wer glaubt daran, daß unsere Minister, Diplomaten, Bankdirektoren usw. sich künftig mit zwei Anzügen begnügen werden? Wer glaubt, daß Herr v. Hertling vielleicht nächstens mit geflickten Hosen bei Hofe erscheinen wird, oder daß Herr v. Kühlmann zur Friedenskonferenz mit durchgestoßenen Ellenbogen antritt?!

Und dann steht vor dem Manne, dem zwei Anzüge belassen werden, weiter die drohende Frage: wie lange er damit auskommen soll? Ein Reicher, der einen Anzug abgetragen hat, gibt ihn gegen Bezugschein ab, geht hin und kauft einen neuen. Was aber soll der Schlechtergestellte tun, dessen Genähte in allen Fugen zu krachen beginnt? Für den enteigneten Reserveanzug sind ihm vielleicht 20—25 M. gezahlt worden, ein neuer aber kostet heutzutage das Zwanzigfache! Niemand kann sagen, wann auf dem Kleidermarkt wieder normale Preise eintreten werden. Der Satz: „ein Mensch braucht zwei Anzüge" erhält aber sofort einen ganz anderen Klang, wenn man eine Zeitbestimmung hinzufügt. Für sechs Monate klingt er erträglich, für drei Jahre bedeutet er ein Ende in Lumpen! Aber wieder nur für die Schlechtgestellten, die während der ganzen Zeit dieselben zwei Anzüge auftragen müssen, nicht für die Gutgestellten, die gleichzeitig wohl auch nur zwei Anzüge, im ganzen Zeitraum aber viel mehr verbrauchen.

Irgendeine demokratische Gleichheit liegt also in dem System ganz und gar nicht. Man wird es uns auch nicht dadurch schmackhaft machen, daß man es als eine Maßregel zugunsten der Rüstungsarbeiter hinstellt. Will man die reichen Leute zugunsten der Rüstungsarbeiter enteignen, nun gut! Je gründlicher, desto besser. Aber andere Leute, die ebenso wie die Rüstungsarbeiter auch nur auf das Einkommen aus ihrer Arbeit angewiesen sind, verschone man mit Opfern, die sie nicht tragen können. Kein Rüstungsarbeiter wird wünschen, daß sein Bruder und Vetter, die Handlungsgehilfe oder Postschaffner sind, seinetwegen zerlumpt herumlaufen müssen.

Und noch ein paar Fragen zum Schluß: Nach welchem Schlüssel ist eigentlich die Verteilung des Aufbringungssolls auf die einzelnen Bezirke durchgeführt worden? Warum hat man zum Beispiel München 11 500 Anzüge auferlegt, dem nur viermal so großen Berlin aber 90 000? Wie weit ist das platte Land zu der Leistung herangezogen worden? Es ist nämlich immerhin auffällig, wenn Berlin, das den fünfunddreißigsten Teil der deutschen Bevölkerung beherbergt, den elften Teil der Gesamtablieferung aufbringen soll. Macht die Erfassung einmal wieder am Tore des gutsherrlichen Schlosses Halt?

Die Luftkämpfe im Monat Mai.

413 feindliche, 185 deutsche Flugzeuge verloren.

Berlin, 16. Juni. (W. T. B.) Im Zusammenhang mit unseren siegreichen Schlachten auf der Erde steigerte sich im Monat Mai der Kampf zur Luft zu ungewöhnlicher Heftigkeit. Ueberlegene Verwendung und höhere Tüchtigkeit brachten den deutschen Luftstreitkräften gegen einen zahlenmäßig stärkeren Feind Erfolge von noch nie erreichter Größe. Neben unseren Jagdfliegern, die durch ihren rücksichtslosen Angriffsgeist dem Feinde die Mehrzahl seiner schweren Verluste beibrachten, sind an unseren Erfolgen unsere Arbeitsflugzeuge und Schlachtflieger in hervorragender Weise beteiligt. Auch die Siegeszahl unserer Abwehrgeschütze stellt eine Höchstleistung dar. Im ganzen verloren unsere Gegner durch unsere Kampfmittel

413 Flugzeuge und 27 Fesselballone;

223 dieser Flugzeuge blieben in unserem Besitz; die anderen wurden jenseits unserer Linien völlig zerstört zum Absturz gebracht. An diesen Erfolgen sind unsere Flieger mit 353, unsere Abwehrgeschütze mit 60 Flugzeugen beteiligt. Außerdem wurden 18 Flugzeuge jenseits unserer Linien schwer beschädigt zur Landung gezwungen, davon 12 durch unser Abwehrfeuer von der Erde. Des weiteren fielen bei dem siegreichen Vordringen unserer Truppen an der Aisne und Marne **zahlreiche feindliche Flugzeuge unversehrt oder beschädigt in unsere Hand.**

Was der Luftmacht unserer Feinde außer diesen nachweisbaren Verlusten durch die zahlreichen Angriffe unserer Bombengeschwader, die im Monat Mai über 800 000 Kilogramm Sprengstoff abwarfen, in seinen Flughäfen an Schaden zugefügt ist, entzieht sich unserer Feststellung. Die Ballone hielten stärkster feindlicher Gegenwirkung zum Trotz engste Fühlung mit der kämpfenden Truppe und erzielten in der Zusammenarbeit mit ihr hervorragende Erfolge. **Unsere Verluste** durch feindliche Einwirkung betrugen 185 Flugzeuge, von denen 100 jenseits unserer Linien verblieben, und 28 Fesselballone.

Die polnische Regierung und die Entente.

Abweisung der Lockproklamation.

Warschau, 15. Juni. Ministerpräsident Steczkowski empfing dieser Tage Vertreter der Warschauer Presse, um Erläuterungen zur Erklärung der polnischen Regierung gegenüber der **großpolnischen Proklamation** der Versailler Ententekonferenz zu geben. Die polnische Staatszeitung „Monitor Polski" hatte bereits in Besprechung dieser Proklamation hervorgehoben, daß die Ententeerklärung in einem Augenblicke erfolgte, wo die unmittelbar bedrohten Ententemächte am allerwenigsten die Möglichkeit haben, sich derjenigen anzunehmen, deren Lebensinteressen ihnen seit Kriegsbeginn de facto gleichgültig waren. „Monitor" warnt nachdrücklich vor einer falschen Einschätzung der guten Absichten der Entente gegen Polen. Zu diesen Kommentaren, schreibt Przeglad Poranny, waren Steczkowskis Erklärungen gewissermaßen die Ergänzung.

Der Ministerpräsident betonte, daß die **Regierung sich in erster Linie von Realitäten bestimmen lasse.** Die Erklärung der Regierung verfolge das Ziel, der bei den Zentralmächten verbreiteten Meinung entgegenzutreten, als ob die polnische Volksgemeinschaft und Regierung sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegenüber zweideutig verhielten und ihre Interessen unter Außerachtlassung der Meinung dieser Mächte verfolgen wollten.

Im Verlauf des Empfanges verlas Steczkowski die letzten Beschlüsse des Polenklubs in Krakau, dessen Verhandlungen er beiwohnte. Er hob hervor, daß die Stellung des Polenklubs zur polnischen Regierung durchaus loyal sei. In Erörterung des Standes der Verhandlungen betreffend die Uebernahme der Landesverwaltung erklärte Steczkowski, daß die Unterhandlungen mit den Besetzungsbehörden ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt hätten.

Ueber die bevorstehende **Tagung des polnischen Staatsrats,** zu dessen Marschall Grangiszek Pulawski ernannt ist, weiß „Przeglad Poranny" zu berichten, daß Plenarsitzungen verhältnismäßig selten stattfinden werden. Die ganze Arbeit wird in Kommissionen erledigt. In der ersten Sitzung des Staatsrates beabsichtigt die Regierung, eine **Programmerklärung des Ministerpräsidiums** zu unterbreiten.

Der Prozeß gegen die polnischen Legionäre.

Marmaros Sziget, 14. Juni. Der Angeklagte Legionskurat Joseph Panas sagte aus, die flammende Liebe der Polen dem Cholmlande gegenüber, gegen dessen Besitznahme durch die Russen sie alle Kräfte aufboten, sei die Quelle der Heldentaten der Legionen gewesen. Der Angeklagte gab zu, in einer Predigt die Verstorbenen glücklich gepriesen zu haben, denen die Enttäuschungen wegen der Folgen des Brester Friedensvertrages für die Polen vorenthalten würden. Bezüglich des Ueberganges des polnischen Hilfskorps zu den Truppen des Generals Muknicki seien viele der Ueberzeugung gewesen, nicht gegen den Willen der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern sogar mit ihrer inoffiziellen Zustimmung zu handeln. Legionsmajor Zagorski sagte aus, sein Vater, der russischer Untertan gewesen sei, habe seine Söhne bewogen, in die österreichisch-ungarische Armee einzutreten, da nur in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Polen national denken und fühlen könnten. Der Angeklagte erklärte sich für nichtschuldig und sagte schließlich, durch den Friedensvertrag mit der Ukraine fühlte er sich in seinen bisherigen festen Ansichten, daß die Polen an der Seite der österreichisch-ungarischen Truppen kämpfen müßten, desavouiert.

Im Verlaufe des heutigen Verhörs betonte der Angeklagte Legionsmajor Zagorski, er sei auch im weiteren Verlauf der Ereignisse dem rein militärischen Prinzip treu geblieben und habe stets darauf hingewiesen, daß nur der Regentschaftsrat entscheiden könne, was mit dem polnischen Hilfskorps geschehen solle. Zagorski schilderte dann die Ereignisse des 15. Februar, an welchem Tage er gemäß dem vom Obersten Halber erhaltenen Befehle den Vormarsch anordnete. Während des Vormarsches sollte nur in äußerstem Notfalle von den Waffen Gebrauch gemacht werden. Ueber den eigentlichen Zweck des Vormarsches war er sich im unklaren. Für ihn waren nur zwei Möglichkeiten vorhanden: entweder geschieht alles im stillen Einverständnis mit der k. u. k. Regierung oder gegen ihren Willen. Im ersteren Falle habe er dem erhaltenen Befehl den Gehorsam nicht verweigern können, im letzteren Falle hätte er dem Befehle Folge leisten müssen, um kein Schandfleck in der Geschichte Polens zu sein.

Sodann wurde der Adjutant des Majors Zagorski, der Legionsleutnant Kroguleki, verhört, welcher aussagte, daß er von dem geplanten Durchschleichen des polnischen Hilfskorps zu General Muknicki keine Kenntnis hatte und nur die Befehle seines Kommandanten ausführte.

Amerikanischer Druck auf Spanien.

Madrid, 11. Juni. (Meldung des Vertreters des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus. Verspätet eingetroffen.) Die Blätter veröffentlichen ein aus Washington eingelaufenes halbamtliches Telegramm der nordamerikanischen Regierung, in welchem gegen Spanien der Vorwurf erhoben wird, daß es die Bedingungen des kürzlich abgeschlossenen spanisch-nordamerikanischen Handelsabkommens nicht erfülle.

Es heißt darin, daß Amerika die Veröffentlichung des Textes des Handelsabkommens insofern wünschenswert erscheine, als dadurch Mißverständnisse künftig vermieden würden. Das Abkommen enthalte beispielsweise die Klausel, daß die nach Spanien auszuführenden Waren auf **spanischen Schiffen** verladen werden müßten. Da letztere jedoch **in ungenügender Anzahl in den nordamerikanischen Häfen einlaufen,** außerdem infolge der für gewisse Artikel bestehenden niedrigen Frachtsätze nicht immer diejenigen Waren verladen werden, welche Spanien gerade am dringendsten benötigt, befinden sich im Hafen von New York große Warenmengen, zu deren Ausfuhr nach Spanien die nordamerikanische Regierung längst die Bewilligung erteilt hat, deren **Verschiffung jedoch die spanischen Dampfer infolge der ihnen zu gering erscheinenden Frachtsätze verweigern,** während sie die Waren, die höhere Frachtsätze zahlen, an Bord nehmen.

Die oben genannte Note erklärt ferner, daß die nordamerikanische Regierung bereits bei dem spanischen Botschafter gegen das erwähnte Verfahren der spanischen Reeder protestiert habe, und hebt außerdem hervor, daß Nordamerika seit Inkrafttreten des Handelsabkommens eine fünfmal größere Warenmenge nach Spanien ausgeführt hat, als Spanien den in Frankreich befindlichen nordamerikanischen Truppen zu liefern zugesagt hat.

Die Note betont ferner, daß die nordamerikanische Regierung eine Ausfuhrbewilligung für Baumwolle, Oel und Gasolin erteilt habe, obgleich sie durch untrügliche Beweise die Ueberzeugung gewonnen habe, daß **mit einem Teil der genannten Artikel deutsche Unterseeboote** (?) **versorgt** würden, welch letztere nicht allein Ententeschiffe, sondern auch spanische Schiffe und zwar selbst in spanischen Territorialgewässern versenkten. Es wäre ratsam, heißt es in der Note weiter, daß Spanien der an seiner Küste betriebenen deutschen U-Boot-Kampagne ein Ende bereite. Die Vereinigten Staaten, welche ihre innere Produktion selbst benötigen, können unter keinen Umständen zugeben, daß ihre Waren in die Hände ihrer Todfeinde gelangen, um sich dortselbst in Waffen gegen Nordamerika zu verwandeln. In dem Telegramm heißt es, die in Washington vorherrschende

Die Lieder der französischen Weltkriegssoldaten.

Im „Figaro" schreibt A. Gignoux über die Lieder der französischen Soldaten im Weltkriege. In Frankreich ist noch weit mehr als in Deutschland der nationale Schatz des Volksliedes von der modernen Operetten- und Tingeltangelsünde bedroht. Die kulturelle Vernachlässigung der Provinz, die Trostlosigkeit proletarischer Quartiere und der Militarismus, der die jungen Bauern in die gemeine Atmosphäre der Café-Konzerts der Garnisonstädte führt, sind die Hauptursachen für die Verheerung, die der Operettenschlager und der widerlich sentimentale oder widerlich zotige Gassenhauer im Bestande des wundervollen alten französischen Volksgesanges angerichtet haben. Von diesen Ursachen schreibt Gignoux allerdings nichts, aber er stellt fest, daß bei Kriegsbeginn die Soldaten fast kein anderes Melodiengut mitführten, als die elendeste Tingeltangelware.

Mit der Zeit scheint das allerdings besser geworden zu sein.

Da ist zunächst das in der Truppe irgendwie aufgenommene, man weiß oft nicht woher gekommene und von wem variierte Motiv mit einem Text, der in der Soldatensprache derb scherzhaft Leben, Freuden und Wünsche der betreffenden Waffengattung behandelt. In diesem Bestand sind Elemente aus den Liedern fremder Länder verschmolzen — Griechenland, Italien usw. —, wohin der Krieg den französischen Soldaten geführt hat. Die Durcheinanderwürfelung von Soldaten aus den verschiedensten französischen Provinzen hat weiter dazu beigetragen, eine Unmenge Varianten der in der Kaserne entstandenen Lieder zu schaffen. Aber bisher ist von diesem großen und eigenartigen Material noch nichts aufgezeichnet. Gignoux regte eine systematische Sammlung alles dessen durch Sachverständige, Musiker oder Dichter an.

Interessant ist aber, Gignoux' Feststellung, daß die Soldaten von der patriotischen Kriegspoesie, die man ihnen durch offizielle Barden, wie den klerikalen Salon-Bretonen Botrel hat vorsetzen lassen, nichts wissen wollen.

Alle die Herren, die im Frack oder in Uniform-Maskerade an der Front vaterländisches Pathos verzapften, sind vollkommen abgefallen und ebenso hat die ätzliche Kabarettdiva Eugenie Buffet, die das „Sanglöcklein" losließ und in Korporalsuniform eingeschnürt die patriotische „Sturmglocke" zog, in den Hospitälern, wo sie sich um die Wiedererweckung der historischen Soldatenlieder früherer Gloireperiten bemühte, nichts ausgerichtet. Ja, sogar das große Kampflied der Revolution, das zum offiziellen Hymnus der Bourgeois-Republik gestempelt worden ist, scheint von dem Augenblicke an, wo dies geschehen ist, seine Volkstümlichkeit verloren zu haben. Denn Gignoux schließt mit der melancholischen Frage:

„Was singen unsere Soldaten, die die Marseillaise den Künstlern unserer Nationaltheater überlassen haben?"

Theater der Friedrichstadt: Die erste Geige.

Lustspiel von Gustav Wied und Jens Petersen.

Die kleine Bühne nahe dem Oranienburger Tor brachte das Stückchen der beiden dänischen Autoren, das man vor Jahren in einer feinsinnig abgestimmten Aufführung des Schillertheaters sah, mit einiger Vergröberung heraus. Hans Junkermanns sanftmütiger alter Apotheker und begeisterter Musikfreund erfreute durch behaglich liebenswürdigen Humor von kleinstädtisch-patriarchalischem Gepräge. Indes der Gleichklang des Quartetts litt unter der allzu lärmenden, nicht durch Züge unbewußter Komik versöhnenden Heftigkeit des cholerischen Oberlehrers. Und das hübsche, temperament- und talentvolle Fräulein Hilde Engel trug in den Koketterien, mit denen sie das seelische Gleichgewicht der Weiberfeindschaft bei den alten Herren stört, die Farben so stark auf, daß einen hinsichtlich des künftigen Eheglückes ihres Erwählten, des harmlos-braven, von Ernst Laskowski frisch und sympathisch dargestellten Apothekersöhnchens, Besorgnis anwandeln konnte. Dem Uebermut war allzuviel erfahrene Dreistigkeit beigemischt. Die blinde Verliebtheit der gesoppten Alten, deren Schilderung im Stückchen nach dem originelleren Auftakt des ersten Aktes in possenmäßige Schablone einlenkt, kompromittiert sich dadurch nur noch mehr. Den Don Juan des dreiblättrigen Kleeblatts, den Tierarzt Tilling, gab Herr Richard Georg. Die regierende Haushälterin, die es wohlwollend mit dem jungen Paare hält und so verdienterweise auch noch unter die Haube kommt, war durch Alice Torning drollig-emsant vertreten. dt.

König Gold.

Wer kennt ihn nicht? Jenen König, der sich gewünscht, daß alles, was er berührte, zu eitel Gold würde. Als er, in kindisch übermütigem Erstaunen, Säulen und Wände seines Palastes durch das leichte Streifen seiner Finger in Gold verwandelt sah; als er, zu Tische gelagert, am Tische selber und am gesamten Tafelgerät das Wunder des Goldwerdens bewirkte, ahnte der Tor noch nicht, daß binnen weniger Stunden sein Mund, statt mit Speisen, mit kaltem, hartem Golde sich füllen würde, ahnte nicht, daß seine weichen, gleißenden Gewänder, zu Gold erstarrend, sich um seinen Leib schmieden und ihn ersticken müßten. Grausamer hat kein Mythos den Fluch des Goldes geschildert, des ergeizten, unnützen, unfruchtbaren Goldes, wie es die Habsucht, dieses blutleere, unliebenswürdigste, unentschuldbarste aller Laster, zusammenrafft.

Ein zweieinhalbtausendjähriger Mythos erwahrt sich ein grausiges Bild heute buchstäblich an jenen, die mit Volkes Not Wucher treiben. Welch ein Hohn, daß Kriegsgewinner den Frieden nicht gewinnen können, den sie heute herbeisehnen wie wir alle! Denn allgemach wird der Krieg auch ihnen beschwerlich. Sie sehnen sich nach dem Frieden, nach der unbegrenzten Möglichkeit, unbegrenzte Zeit in einem unbegrenzten Café zu sitzen. Sie möchten so gerne mehr leisten, als bloß essen und trinken, Höchstpreise überzahlen und die elfte Stunde überfeiern! Welche Mühe haben sie sich gegeben, beim Ersteigern von Juwelen und Kunstschätzen Aufsehen zu erregen. Ihre weiten Villen sind damit vollgepfropft, und doch kann man nur wenige Zimmer heizen. Niemand kommt, die Pracht zu sehen und den Wirt zu beneiden. Ein reicher Tisch erfreut nur zwischen vielen andern üppigen Tafeln; eine glänzende Toilette triumphiert nur, wo alle festlich gekleidet gehen. Welch ein Hohn, so ohne Rivalen bleiben zu müssen, zumal für jene, an modische Aeffigkeit gewöhnten Kleinseelen! Welch ein Hohn, daß Theater und Kinos nicht für sie allein offen bleiben, für sie, die jetzt so viel Zeit hätten, so reiche Mittel . . . Weitaus der blutigste Hohn ist, daß diese Vielbeneideten zumeist der Generation der Großväter und Großonkel angehören, vor deren Alter uns Fibeln und Bibeln Achtung und Ehrfurcht lehrten! Vergeblich mühen sie sich, Wohltätigkeit zu üben; man spottet ihrer, ist davon überzeugt, daß dies nur eine Art Versicherung gegen Lynchjustiz bedeutet. Umsonst versuchen sie, ihre Erbärmlichkeit unter der Gloriole des Mäcens, unter dem plumpen Trug des Kunstenthusiasten zu verdecken; überall sind sie geprellt, genarrt. Nicht einmal Ehre und Geld können sie sich kaufen, sie, deren Mägen zu schwach, deren Lenden zu lahm sind, um für Gold zu genießen, was Jugend ohne Entgelt erobert. Fürwahr: entthront ward König Gold, erdrosselt, erstickt unter seinem eigenen lastenden Prunke!

So zitiert der „Kunstwart" in seinem zweiten Juniheste aus der „Neuen Zürcher Zeitung". Aus Wahrheit gleitet die Leidenschaft satirischer Bitterkeit über in einen spottenden Text, der aber doch vor der menschlichen Wirklichkeit nur dichtendes Phantasiespiel ist. Dieser fabelhafte König, der da entthront, erdrosselt, erstickt sein soll unter der Last seines eigenen Prunkes, möchte denn doch ein sehr vergnügtes Schnunzeln aufsetzen, wenn er läse, was seine Lebenskraft umgebracht haben soll.

Notizen.

— Ueber die Vereinigten Staaten von Amerika im Weltkriege spricht am 20. Juni, abends 7½ Uhr, im Beethovensaal Dr. Georg Barthelme auf Einladung des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes und des Amerika-Institutes.

Meinung sei, daß es unter den genannten Umständen angebracht erscheine, die spanische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß im Interesse beider Staaten die Versorgung deutscher U-Boote von spanischen Häfen aus unzulässig erscheine und Spanien hierzu Deutschland seine Einwilligung versagen solle.

Amerika will nicht nur den Schiffsraum der Neutralen überhaupt, es will auch, daß der Schiffsraum wohlfeil sei, denn die amerikanischen Produzenten sollen sich an Europa vollfressen. Weil aber die spanischen Reeder sich erkühnen, die Yankees mit gepfefferten Frachtpreisen hochzunehmen, macht die amerikanische Regierung Spanien begreiflich, daß es dank den U-Booten ein Leichtes ist, ihm auswärtige Weiterungen zu verschaffen.

Freie Bahn dem — Schiffahrtskapital!

Ballin gegen den Staatssozialismus.

Gelegentlich des Besuchs der Reichstagsabgeordneten in Hamburg hielt der Hapag-Direktor Ballin eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Herr Geheimrat Dove hat heute mittag ausgesprochen, daß man vertrauensvoll die vom hansestischen Geist getragenen Vorträge von heute morgen in sich aufnehmen könne. Wir danken für dieses Vertrauen, und es wird uns eine heilige Pflicht sein, dahin zu streben, diese Aufgabe restlos zu erfüllen. Aber Ihrerseits müssen Sie dafür sorgen, daß man Abstand nimmt von der gefährlichen Absicht, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft im Kasernenhof (!!) zu betreiben. Schaffen Sie uns Licht und Luft und Freiheit. Ich verstehe das Mißtrauen der Regierung einer solchen Nation gegenüber nicht. Industrie und Landwirtschaft, Handel und Schiffahrt und alle Stände, wo immer sie sich in ehrlicher Arbeit betätigen konnten, haben mitgewirkt an Deutschlands Ruhm und Größe.

Angesichts aller dieser Leistungen will man die Friedenswirtschaft wieder aufbauen im Zwangsverfahren? Das können und dürfen Sie nicht zulassen. (!!) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Uebergangswirtschaft sich auf falscher Bahn befindet. Damit wird einem Wirtschaftskriege nach dem Kriege der Boden bereitet. Wir können nicht Zwang setzen, wo wir von unseren Gegnern Freiheit verlangen. Wir können nicht für Freiheit der Meere kämpfen und gleichzeitig vor Mitteleuropa ein Siegel legen. Wir können nur einen Frieden brauchen, der das

freie Spiel der Kräfte

wiederhergestellt. Es ist eine unabänderliche Forderung, daß sofort nach dem Kriege die überseeischen Rohstoffe und Nahrungsmittel nach Maßgabe der Beteiligung, welche die einzelnen Länder 1913 an diesem Export hatten, zu gleichmäßigen Bedingungen verteilt werden und Sicherung geschaffen wird für volle Parität im Weltverkehr. Eine gewisse staatliche Aufsicht zur Durchführung dieser wirtschaftlichen Aufgabe ist nötig. Aber wenn heute gesagt wird, daß die Uebergangswirtschaft stellenweise drei Jahre dauern soll und die tausend Kriegsgesellschaften dafür verwendet werden und dann erst langsam abgebaut werden sollen, dann kann ich diesen Absichten nur meine ernstesten Warnungen entgegensetzen. Sobald der Krieg vorbei ist, werden alle tüchtigen Männer zu ihrer legitimen Betätigung zurückeilen. In den Kriegsgesellschaften wird sitzen bleiben, was an diesen nicht gerade schönen Geschöpfen geheime Reize entdeckt hat (!!) oder sich unter den Fittichen des Vater Staat geborgen fühlt. (!!)

Man muß zugestehen, daß in dieser Rede die Wut des eingefleischten Kapitalsinteressenten über den verhaßten Staatssozialismus ganz niedliche Purzelbäume schlägt. Im Gegensatz zu Herrn Ballin erwarten wir vom Reichstag, daß er sich durch die Tiraden eines um seinen Profit bangenden Generaldirektors nicht irre führen läßt!

Der geschlagene Zentrumsanexionist.

Zentrum bleibe fest!

In einer Zuschrift aus Oberschlesien haben wir bereits den Beweis geführt, daß der gewaltige Wahlsieg des Radikalpolen Korfanty in Gleiwitz nicht so sehr aus dem Vordringen nationalpolnischer Bestrebungen zu erklären ist, als vielmehr daraus, daß der vom Zentrum aufgestellte Gegenkandidat Nehlert ein Vaterlandsparteiler und Annexionist war. Deshalb haben auch zahlreiche Wähler, die sonst nicht für den Polen stimmen, Korfanty als Anhänger des Verständigungsfriedens gewählt.

Diese Auffassung wird jetzt vollauf bestätigt, und zwar seitens der Zentrumspartei selber. In der „Schlesischen Volksztg.", dem Hauptorgan des Zentrums in Schlesien, schreibt Erzpriester Kapitza über die Ursachen der Niederlage seiner Partei. Kapitza bezeichnet die Wahl Korfantys zunächst als einen Ausbruch der Verärgerung und Verbitterung über die schlechten Ernährungsverhältnisse sowie die verfehlte Sprachenpolitik der Regierung. Er meint, daß bei der in Oberschlesien herrschenden Stimmung auch ein sozialdemokratischer Kandidat so viele Stimmen erhalten hätte, daß Korfanty kaum im ersten Wahlgang gewählt worden wäre. Dann aber fährt Kapitza fort:

Für den Zentrumskandidaten Nehlert traten diesmal auch die deutschnationalen Parteien ein. Infolge dieses Eintretens wurde der Zentrumskandidat in der Wahlhetze zu einem Hakatisten umgestempelt. Am meisten Agitationsstoff aber gegen den Zentrumskandidaten haben seine alldeutschen Gedankengänge, die er früher einmal vorgetragen haben soll, und seine Hinneigung zur Vaterlandspartei geliefert. Für die Ziele der Vaterlandspartei ist nun einmal das oberschlesische Volk, ob deutsch oder polnisch, nicht zu haben. Es ist auch nicht unbekannt geblieben, daß Kräfte an der Arbeit sind, die Zentrumspresse für die Vaterlandspartei mit ihrer alldeutschen Seele zu gewinnen, ebenso wie gemunkelt wird, daß der Entrüstungstrummel gegen den Abg. Erzberger nur eine Mache alldeutscher Kriegshetzer ist.

Gleiwitz ist ein deutlicher Warnungsruf: Zentrum, bleibe fest!

Ob das Zentrum auf diese Warnung hören wird? Der schmähliche Uebertritt eines vollen Drittels der preußischen Zentrumsfraktion zu den Wahlrechtsfeinden spricht nicht dafür. Die Quittung der Arbeiterschaft in Oberschlesien wie in Rheinland-Westfalen für dies Verhalten wird nicht ausbleiben. Dafür ist die Nachwahl in Gleiwitz ein deutliches Symptom.

Wut über die eigene Dummheit.

„Ein unwürdiges Possenspiel mit den Kriegsteilnehmern", so nennt der fromme „Reichsbote" den Antrag Hagemeister, der die Zurücksetzung der Kriegsteilnehmer durch das Wahlrechtskompromiß der Heydebrandt und Genossen beseitigen wollte und den die Wahlrechtsverschlechterer bekanntlich niedergestimmt haben. Mit einem kurzatmigen Wutgeschnaufe sondergleichen sucht das Pastorenblatt seine grenzenlose Verlegenheit über die schmachvolle Tat seiner Freunde zu bemänteln:

Die frivole Art, wie hier die Kriegsteilnehmer mißbraucht werden zu einem unwahrhaftigen parlamentarischen Gaukelspiel, muß aufs allerentschiedenste gebrandmarkt und zurückgewiesen werden. Vor unseren Kriegern, die täglich ihr Leben für das Vaterland in die Schanze schlagen, die den ernstesten und härtesten Kampf für unseres Volkes Heil und Zukunft führen, sollten auch parlamentarische Klopffechter so viel Achtung bezeigen, daß sie nicht mit ihren Interessen ein so frevelhaftes Possenspiel treiben. Das ist unwürdig und nichtsnutzig und hätte dementsprechend auf der Stelle vor dem ganzen Lande gekennzeichnet werden sollen.

Wenn man das liest, fragt man sich, ob denn die Welt kopfsteht. Die Reaktionäre, die bei den Wahlrechtsverhandlungen das weiteste Herz für die Besserstellung der Kriegsgewinnler und Kriegswucherer hatten, lehnen das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer schlankweg ab, und dann wollen sie die Leute „brandmarken" und „kennzeichnen", die für die Kriegsteilnehmer eingetreten sind! — Nein, gebrandmarkt und gekennzeichnet für alle Zeiten ist die Kumpanei der Wahlrechtsverschwörer, ihr frevelhaftes Spiel ist als unwürdig und nichtsnutzig und noch viel Schlimmeres vor der Welt enthüllt! Die Ausführungen des „Reichsboten" verwundern aber nicht in einem Blatt, das im Januar d. J. ausdrücklich die Mißhandlung der Kriegsbeschädigten durch gesunde Vaterlandsparteiler billigte, weil man ja schon Einbrecher und Diebe im feldgrauen Rock erlebt habe! Die jetzige Wut des edlen Blattes ist im Grunde nichts als die nachträgliche Wut über die Dummheit, die man selbst begangen hat!

•

Daß die Kriegsteilnehmer selber sich kein X für ein U vormachen lassen, bewies am Freitag eine von dreihundert Kriegsteilnehmern aller Parteirichtungen, Gewerbetreibenden, Beamten, Arbeitern, Angestellten, besuchte Versammlung in Stendal, die einstimmig dem Abg. Hagemeister ihren Dank für seinen Antrag votierte. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Kriegsteilnehmer grundsätzlich keine Vorrechte vor der übrigen Bevölkerung, sondern nur die Gleichstellung durch das gleiche Wahlrecht zu fordern hätten. Würden aber einmal anderen Kreisen Vorrechte eingeräumt, dann hätten die Kriegsteilnehmer Anspruch darauf, mindestens ebensogut gestellt zu werden wie diese.

Das Rettungshaus zu Tiefenort.

Am 1. Juni gaben wir den Wortlaut einer Anfrage wieder, die Genosse Baudert im Weimarischen Landtag über die Zustände im Rettungshaus Tiefenort eingebracht hat, wo einige Zöglinge an Unterernährung gestorben sein sollen. Nachdem wir inzwischen auch den Bericht über die Landtagsverhandlung und die Antwort des Staatsministers gegeben haben, schickt uns jetzt nach zwei Wochen das Großherzogliche Staatsministerium mit der Aufschrift „Eilt" (!!) eine Berichtigung. Diese lautet:

Niemals ist im Rettungshaus zu Tiefenort ein Insasse verhungert. Die Anstalt hat vielmehr die ihr gesetzlich zustehenden Nahrungsmengen unverkürzt erhalten und ihren Zöglingen verabfolgt. Auch sind ihr vom Kommunalverband darüber hinaus erhebliche Zuwendungen gemacht worden. Eine sofortige Revision des Medizinalreferenten im Großherzogl. Staatsministerium ergab, daß der Ernährungszustand der Zöglinge ein durchaus befriedigender war. Die Todesfälle in der Anstalt haben sich zwar etwas vermehrt, doch ist niemals ein Todesfall allein aus Unterernährung vorgekommen, sondern es brach bei einzelnen Zöglingen der in ihnen liegende Keim zur Schwindsucht unter den allgemein verschlechterten Lebensbedingungen des Krieges aus und sie gingen an der Schwindsucht zugrunde. Die Zahl der Todesfälle im Rettungshaus zu Tiefenort ist wesentlich geringer als in anderen ähnlichen Anstalten. Mänzel.

Wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre, müßte man diese Berichtigung als eine humoristische Leistung bezeichnen. Zuerst heißt es stolz: „Niemals ist ein Insasse verhungert", und pomphaft wird auf Grund ärztlichen Zeugnisses der Ernährungszustand der Zöglinge als „durchaus befriedigend" bezeichnet. Dann kommt das kleinlaute Zugeständnis der Vermehrung der Todesfälle mit der schamhaften Hinzufügung, daß diese nicht „allein" auf Unterernährung zurückzuführen seien. Schließlich wird ganz offen zugestanden, daß der Ausbruch der Schwindsucht auf verschlechterte Lebensbedingungen zurückzuführen sei. So etwas einen „durchaus befriedigenden Ernährungszustand" zu nennen, ist u. E. ein Verfahren, das hart an Frivolität grenzt!

Letzte Nachrichten.

Besprechung Troelstras mit den Sozialisten der Mittelmächte.

Wien, 15. Juni. Die sozialdemokratische Korrespondenz meldet: Der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Komitees Troelstra wird gelegentlich des für den 28. Juni einberufenen Kongresses der englischen Arbeiterpartei mit Sozialisten der Entente eine Konferenz halten. Um vor seiner Abreise mit den sozialistischen Parteien der Mittelmächte Fühlung zu nehmen, hat er diese zu einer Besprechung nach dem Haag gebeten. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs beschloß, dieser Einladung Folge zu leisten. Die mit der Vertretung betrauten Abgeordneten Seitz und Ellenbogen reisen morgen ab.

Das schwedisch-englische Schiffsraumabkommen.

Stockholm, 16. Juni. Das Tonnageabkommen mit England ist Freitag ratifiziert worden.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für das dritte Vierteljahr 1918 bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Groß-Berlin

Keine Stadtbahnkarten im Vorortverkehr.

Es ist also doch wahr, daß zu Fahrten nach Vorortstrecken die Fahrkarten des inneren Stadt- und Ringbahnverkehrs nicht mehr benutzt werden dürfen. Die von uns in Nr. 156 geschilderten Vorkommnisse, bei denen Fahrgäste mit Stadtbahnkarten auf Vorortbahnhöfen angehalten und wegen „Ungültigkeit" ihrer Fahrkarten zu nochmaliger Bezahlung des Fahrgeldes genötigt wurden, sind ganz „vorschrifts- und ordnungsgemäß" verlaufen. Wir äußerten die schwache Hoffnung, daß es sich vielleicht nur um Irrtümer der betreffenden Eisenbahnangestellten handelte und an der bisherigen Zulassung von Stadtbahnkarten für die durch den Preis gedeckten Vorortstrecken nichts geändert worden sei — aber leider hat alles seine „Richtigkeit". Aus den Kreisen der Eisenbahnangestellten ist uns die Klage zugegangen, daß mit der Fahrpreiserhöhung tatsächlich auch diese Neuerung eingeführt wurde und daß sie ebenso sehr für die Angestellten wie für die zur Nachzahlung genötigten Fahrgäste eine Quelle des Verdrusses ist. Auf dem Bahnhof Alexanderplatz hat man an den Fahrkartenschaltern der Stadtbahn jetzt, wie das sofort hätte geschehen müssen, durch Aushang bekanntgegeben, welche neue Schererei für die Fahrgäste ausgeheckt worden ist. Dagegen haben wir auf dem Schlesischen Bahnhof noch am Sonnabend Fahrkartenschalter der Stadtbahn gesehen, an denen wir keinen derartigen Aushang zu finden vermochten. Es ist unbegreiflich, warum nicht sofort bei Beginn der Schererei die Fahrgäste an sämtlichen in Betracht kommenden Fahrkartenschaltern und Fahrkartenautomaten durch weithin sichtbare Anschläge darauf hingewiesen worden sind, was sie künftig bei Benutzung von Stadtbahnkarten im Vorortverkehr zu erwarten haben. Wir nehmen an, daß man diese Selbstverständlichkeit nun endlich nachholen wird, damit nicht noch weiter die Fahrgäste geschädigt werden. Das Richtigste wäre aber, die verkehrserschwerende Neuerung zu beseitigen und Stadtbahnkarten im Vorortverkehr wieder wie bisher zuzulassen. Die bisherige Zulassung war nicht lediglich ein unerlaubter Brauch, der etwa durch Eisenbahnangestellte eigenmächtig eingeführt und dann von den Aufsichtsstellen stillschweigend geduldet worden wäre, sondern sie ergab sich aus der Dienstvorschrift. Die jetzige Aenderung soll anscheinend nur Zwecken der sogenannten Verkehrsstatistik dienen, die in ihrem Wert kaum über eine bloße Spielerei hinausgeht und keine Maßregeln zur besseren Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses erwarten läßt.

Noch eine Eisenbahnschererei!

Mit der Erhöhung der Fahrpreise auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist noch eine neue Schererei eingeführt worden, die ahnungslosen Fahrgästen recht unangenehme Ueberraschungen bereiten kann. Bisher mußte ein Fahrgast, der über den Zielbahnhof seiner Fahrkarte hinausfuhr, bei freiwilliger Meldung nur den Preisunterschied zahlen und dazu einen Aufschlag von 10 Pf. für die dritte Klasse oder 15 Pf. für die zweite Klasse. Jetzt werden solche Fahrgäste behandelt wie Reisende ohne gültige Fahrkarte, das heißt sie haben die bekannte gegen Fahrgeldhinterziehungen sich richtende Strafe von sechs Mark zu zahlen. War es nötig, die den Bedürfnissen des Verkehrs entgegen kommende bisherige Nachsicht aufzugeben und zu dem an Polizeisitten erinnernden Verfahren früherer Jahre zurückzukehren? Und warum wird die Aenderung nicht auf den Bahnhöfen an den Fahrkartenschaltern durch Anschläge bekanntgegeben, die so auffällig sind, daß jeder Fahrgast sie bemerken und sich danach richten könnte? Tatsächlich sind, wie man uns mitteilt, bereits Fälle vorgekommen, in denen die 6 M. den übers Ziel hinausfahrenden Personen abgenommen wurden. Für die Eisenbahnverwaltung mögen die Einnahmen aus diesen Strafgeldern bis auf weiteres ganz beträchtlich sein. Aber für die Fahrgäste und die Bahnangestellten haben wir hier eine neue Quelle des Verdrusses, der Reibereien und der Streitigkeiten.

Die Beamten gegen die Mietsteigerungen.

Der fortschreitende Wohnungsmangel verbunden mit den fortgesetzten Mietsteigerungen hat den Verband der Beamten- und Lehrervereine für Groß-Berlin, dem 25 000 Mitglieder angehören, veranlaßt, eine Eingabe an das Oberkommando in den Marken zu richten, in der die Groß-Berliner Beamtenschaft bittet, den dauernden Mietsteigerungen, die häufig jegliches Maß von irgendeiner Rücksichtnahme auf den Mieter wie überhaupt auf das Einkommen vermissen lassen, ein Ziel zu setzen. Ganz besonders scharf muß eine Mieterhöhung bis zu 65 v. H., wie sie von etlichen Hausbesitzerkreisen gefordert wird, zurückgewiesen werden. Die gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage verbietet der Beamtenschaft, mehr als 10 v. H. der seit Kriegsbeginn an erfolgten Mietsteigerung zuzubilligen. Die fortgesetzten Mietsteigerungen haben unter den Beamten, wie in der ganzen Mieterschaft, bereits große Mißstimmung hervorgerufen und tragen zur Verschlechterung des Familienhaushalts in erheblichem Maße bei.

Höchstpreise für Wohnungen.

In der letzten Versammlung des Mieterbundes Groß-Berlin wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, nach welcher Höchstpreise für Mieträume beantragt werden sollen, und zwar in Form von prozentualen Zuschlägen zum Friedensmietzins (1. August 1914). Diese Zuschläge sollen am 1. Oktober d. J. betragen: 15 Proz. bei Mieträumen mit zentraler Heizung und Warmwasserversorgung, 8 Proz. bei solchen ohne Zentralheizung und 5 Proz. bei solchen ohne zentrale Heizung und ohne Wasserversorgung. Die Bemessung der Zuschläge sollen nach Maßgabe der Erhöhung der Hausunkosten durch die Einigungsämter erfolgen. Für Kriegsteilnehmer usw. sollen Kündigungen und Steigerungen noch besonders eingeschränkt und teilweise ganz verboten werden.

Bezugscheine auf Bettwäsche oder für deren Herstellung bestimmte Stoffe sowie auf Matratzendrell dürfen von jetzt ab nur für Kranke, Wöchnerinnen und Säuglinge gegen ärztliche Bescheinigung ausgegeben werden. Alle anderen Antragsteller werden auf bezugscheinfreie Papiergarnerzeugnisse verwiesen.

Kleidungs- und Wäschestücke aus Nachlässen sollen jetzt auf Veranlassung der Reichsbekleidungsstelle durch die Gemeinden erfaßt und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Man will die Erben zunächst zur freiwilligen Abgabe entbehrlicher Stücke veranlassen, dann aber, wo große Bestände vorhanden sind, zur Beschlagnahme und Enteignung schreiten.

1 Liter Vollmilch für 3,80 Mark.

Uns wird geschrieben: Die Berliner Nahrungsmittelfälschungen können einen großen Erfolg auf ihr Konto buchen. Es ist ihnen gelungen, sterilisierte Vollmilch aufzukaufen, die auf die Lebensmittelkarte für Jugendliche zur Verteilung gelangt. Soweit so gut! Denn es ist kein Wort darüber zu verlieren, wie dringend nötig besondere Zuwendungen für Jugendliche sind, deren Wachstum und Gesundheit infolge der minderwertigen Kriegsernährung arg gefährdet ist. Aber einer Voraussetzung muß bei der Lebensmittelverteilung durch den Magistrat doch Rechnung getragen werden: die Preisfestsetzung für die Waren muß einigermaßen im Verhältnis zum Wert der Waren stehen. Wieweit das hier zutrifft,

kann man aus folgendem sehen. Eine ¾-Literflasche sterilisierte, d. h. keimfrei gemachte Milch kostet auf die Jugendlichenkarte ohne Flasche 1,85 M., eine 7/10-Literflasche 2,65 M. Der Käufer zahlt also für das Liter Milch 3,60 resp. 3,80 Mark. Wir sind bei amtlichen Preisfestsetzungen mit den Jahren zwar an mancherlei gewöhnt worden, das schlägt aber doch den Rekord. Um das Argument, daß es sich wahrscheinlich um Auslandsware handelt, zurückzuweisen, möchten wir den verantwortlichen Stellen im voraus entgegnen, daß man auch an Ausländer keine Wucherpreise zahlen sollte.

Der Blumenkohl der kgl. Gärtnerlehranstalt Dahlem.

Einen merkwürdigen Fall von übermäßiger Preissteigerung berichtet der „Steglitzer Anzeiger". Eine Hausfrau hatte der Zeitung geschrieben: „Vor einigen Tagen kaufte ich in einem hiesigen Geschäft einen guten, mittelgroßen Blumenkohlkopf (Auslandsware aus Holland) für 1,80 M. Heute sollte ich in demselben Geschäft für einen kleineren Blumenkohlkopf, der nach Angabe des Geschäftsinhabers aus der Königlichen Gärtnerlehranstalt in Dahlem stammt, 3,75 M. bezahlen! Wie mag sich dieser Preisunterschied erklären?" Auf eine durch den Fernsprecher an die Direktion der Kgl. Gärtnerlehranstalt Dahlem gerichtete Frage, ob es möglich sei, daß Blumenkohl aus ihrer Gärtnerei im Handel mit 3,75 M. angeboten werden könne, erfolgte die Antwort: Das sei vollkommen ausgeschlossen! Das betreffende Geschäft war aber in der Lage, die Originalrechnung der Kgl. Gärtnerlehranstalt in Dahlem vorzulegen, auf der die größeren Blumenkohlköpfe mit 3 M. und die kleineren mit 2 M. berechnet waren. Als der Direktion der Gärtnerlehranstalt wiederum durch den Fernsprecher von dieser Tatsache Mitteilung gemacht wurde, blieb sie die Erklärung schuldig. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst gab auf die Anfrage, ob ein derartiger Wucherpreis bei einer Königlichen Anstalt überhaupt zulässig sei, den Bescheid, daß sie nicht in der Lage sei einzuschreiten, weil Höchstpreise für Blumenkohl nicht festgesetzt seien. Wir erwarten, daß sich die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin nunmehr mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen den „Vorwärts" zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts" irgendwo nicht zu haben ist, richte man gültigst eine kurze Mitteilung an „Vorwärts"-Verlag G. m. b. H., Hauptexpedition, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Tegel. Aufgefundene Leiche. Am 15. d. M. wurde in der Nähe Tegelorts die Leiche einer unbekannten weiblichen Person aus der Havel gelandet. Die Tote, die etwa eine Woche im Wasser gelegen haben kann und nach der Leichenhalle in Heiligensee gebracht wurde, ist klein, kräftig, hat dunkles Haar, braune Augen und ist bekleidet mit dunkelgrünkariertem Mantelkleid, grauleinenem Unterrock, schwarzen Florstrümpfen, braunen Schnürstiefeln und rotem Ledergürtel. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Erkenner der Toten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.

Marienfelde. Ein Fußgängertunnel am Bahnhof. Der Verkehr auf den zum Bahnhof Marienfelde führenden Straßen hat sich besonders in letzter Zeit und in den Stunden, wenn die in der Nähe liegenden großen Fabriken ihre Arbeiterscharen entlassen, als gefährlich erwiesen. Die durch die Straßenkreuzung der Eisenbahn bedingten Verhältnisse sind unhaltbar. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, will die Eisenbahnverwaltung eine Untertunnelung für den Fußgängerverkehr zum Bahnhof bereits in kürzester Zeit ausführen. Die Marienfelder Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung dem Plan der Eisenbahnverwaltung zugestimmt.

Neukölln. Weitere Zunahme der Arbeitsuchenden. Der Arbeitsnachweis wurde im Monat Mai von 1964 Arbeitsuchenden in Anspruch genommen, hiervon waren 408 = 20,5 Proz. männliche und 1561 = 79,5 Proz. weibliche Personen. Offene Stellen waren für 1683 Personen vorhanden und zwar wurden verlangt 131 = 18,5 Proz. männliche und 1572 = 81,5 Proz. weibliche Personen. Die schon seit einiger Zeit beobachtete verhältnismäßige Zunahme der Arbeitsuchenden hat also weiter angehalten. Im Berichtsmonat kamen auf 100 offene Stellen durchschnittlich 117 Arbeitsuchende, im Mai 1917 dagegen standen 100 offenen Stellen nur 57 Arbeitsuchende gegenüber. Von den offenen Stellen konnten im Mai 78,6 Proz. besetzt werden.

Wilmersdorf. Ein Krankenhaus für die Landkrankenkasse. Der Vorsitzende der Landkrankenkasse Wilmersdorf ladet die Mitglieder des Ausschusses der Landkrankenkasse auf Freitag, 21. d. Mts., zu einer außerordentlichen Ausschußsitzung ein. In der Sitzung soll Beschluß gefaßt werden über die Mietung resp. spätere Erwerbung eines Krankenhauses. — Die Stadt Wilmersdorf selbst besitzt noch kein eigenes Krankenhaus, sondern steht in Krankenhausgemeinschaft mit der Stadt Schöneberg und dem Kreise Teltow. Die Wilmersdorfer Landkrankenkasse — neben der Friedenauer die einzige dieser Art in Groß-Berlin — würde mit der Erbauung eines eigenen Krankenhauses also der Stadtgemeinde zuvorkommen.

Friedrichshagen. Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung empfahl Genosse Barth, die geheimen Sitzungen einzuschränken. Die Tagesordnungen dieser Sitzungen seien im allgemeinen reichhaltiger als die öffentlichen Sitzungen. Für die Ludendorff-Spende wurden 500 M. bewilligt. Genosse Mieke protestierte gegen die Art der Sammlung, die geradezu einen anstößigen Eindruck erwecke. Die Abrechnung von dem Elektrizitätswerk Cöpenick für das Jahr 1917 ergab für die Gemeinde einen Ueberschuß von 7489 M. gegen 5400 im Vorjahre. Der Ueberschuß vom Gemeinde-Gaswerk für 1917 beträgt 87 140 M. Die Geschäftsanteile der Gemeinde für das Freibad Müggelsee G. m. b. H. sind an den Zweckverband abgetreten worden. Eine längere Debatte rief die Verschandelung der kleinen Müggel hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, an den Zweckverband den Antrag zu stellen, das in Betracht kommende Müggelgelände käuflich als Dauerwald von Cöpenick zu erwerben.

Lichtenberg. Ausbau der Futtermittelfabrik. Die im Kriege ständig gesteigerte Futtermittelnot hat schon vor längerer Zeit die städtischen Körperschaften veranlaßt, diesem Notstand durch Errichtung einer Futtermittelfabrik zu begegnen, die die Aufgabe hat, aus sonst nicht allgemein zur Volksernährung verwendeten Stoffen durch Anwendung von geeigneten Bearbeitungs- und Vermischungsmöglichkeiten gute künstliche Futtermittel herzustellen. Im Verlaufe des Ausbaues der Fabrik stellen sich mehr und mehr Erweiterungsnotwendigkeiten der Anlagen heraus, die namentlich die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des städtischen Unternehmens fördern sollen. Der Gesamtkostenaufwand für die Futtermittelfabrik hat sich bisher auf 350 000 M. gestellt. Wie der letzte Sitzungsbericht des städtischen Nahrungsmittelausschusses ergibt, haben sich neuerdings Neuanlagen im Werte von rund 100 000 M. als notwendig erwiesen. Außer weiteren maschinellen Anlagen sollen zwei neue Lagerschuppen erbaut werden.

Nowawes. Verteilung von Zucker als Sonderzulage. Als teilweiser Ersatz für die herabgesetzte Tageskopfmenge an Mehl, in dem Zeitraum vom 16. Juni bis 16. Juli 1918 sollen auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung 750 Gramm Zucker zur Verteilung kommen. Auf den Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte erfolgt zunächst die Verteilung dieser Menge mit 375 Gramm Zucker. Die Karteninhaber haben bis heute, Montag, den Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Zuckerkarte bei dem Kleinhändler abzugeben, in dessen Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. Die Kleinhändler haben dem Karteninhaber über die erfolgte Abgabe eine Bescheinigung auszustellen, die Abschnitte zu sammeln und am Dienstag, den 18. Juni bis 12 Uhr mittags ordnungsgemäß aufgerechnet der Kriegswirtschaftsabteilung einzureichen. Verspätete Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. Die Ausgabe des Zuckers erfolgt gegen Rückgabe der vom Kleinhändler ausgestellten Bescheinigung vom Donnerstag, den 20. Juni, ab.

Spandau. Vollmilch für Schulkinder. Heute, Montag, beginnt in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften der Verkauf von kondensierter Vollmilch und Milchpulver auf Bezugschein für die in hiesiger Stadt wohnhaften Schulkinder. Auf je einen Bezugschein werden eine Dose Vollmilch zum Preise von 1,80 M. und ein Beutel Milchpulver zum Preise von 0,85 M. abgegeben.

Radrennen in Treptow. Die Vorläufe zum „Memento 1914" und drei hochdotierte, erstklassig besetzte Fliegerrennen brachten der Direktion des Sportparks einen finanziellen Riesenerfolg. Der gebotene Sport war aber auch durchweg von hohem Reiz. Im ersten Vorlauf des wertvollen Dauerrennens stürzte leider Appelhans schon kurz nach dem Start. Das Rennen wurde abgeläutet, und nachdem Appelhans einen Notverband erhalten hatte, von neuem aufgenommen. Bauer und Pawke gewannen dann die beiden Vorläufe in glänzendem Stil und verbesserten vom 20. Kilometer ab alle bisherigen Treptower Bahnrekords. In den beiden zur Entscheidung gekommenen Fliegerrennen bestätigte Walter Rütt von neuem seine große Form; er gewann beide Rennen verhalten vor Lorenz.

Ergebnisse. „Memento 1914": 1. Vorlauf, 50 Kilometer: 1. Bauer 42 Min. 36 Sek., 2. Prayrembel 800, 3. Wiewecall 1010 Meter zurück; Appelhans wegen Radschaden aufgegeben. 2. Vorlauf, 50 Kilometer: 1. Pawke 42 Min. 22 Sek., 2. Stellbrink 280, 3. Nettelbeck 3710 Meter, 4. Schelling weit zurück. Ein dritter Vorlauf zum „Memento" wird am Donnerstag, den 20., zwei Zwischenläufe und der Entscheidungslauf am Sonntag, den 23. Juni, ausgefahren. — Großes Vorgabefahren, 1500 Meter: 1. Rütt 1 Min. 57 Sek. (0), 2. Lorenz (5), 3. Tetzlaff (75), 4. Petri (85), 5. Wegener (20 Meter Vorgabe). — Zweisitzerfahren, 1500 Meter: 1. Rütt-Abraham 3 Min. 2 Sek., 2. Lorenz-Häusler, 3. Hoffmann-Tadewald, 4. Schrage-Rudel. — Hauptfahren für Flieger, drei Vorläufe und ein Hoffnungslauf über je 900 Meter: 1. Vorlauf: 1. Abraham 1 Min. 45 Sek., 2. Tadewald, 3. Hoffmann. 2. Vorlauf: 1. Rütt 1 Min. 27 Sek., 2. Häusler, 3. Behrend, 3. Vorlauf: 1. Lorenz 1 Min. 17 Sek., 2. Rudel, 3. Müller. Hoffnungslauf: 1. Häusler 1 Min. 27 Sek., 2. Hoffmann. Der Entscheidungslauf wird am Donnerstag ausgefahren. Die Rennen beginnen um ½8 Uhr abends.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Warm, jedoch veränderlich; vorwiegend wollig mit leichten Regenfällen. Strichweise Gewitter.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch Wanzentod Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 M., 3,— M., 1,75 M. und 1,— M. und Mottentod Pfeifferol (50 Pf.) überall zu haben. Herr Paul Nades, Drogerie, Turmstraße 48, schreibt: „Ihr Wanzentod Pfeifferol ist vorzüglich, ein Kunde empfiehlt Ihr Präparat immer dem anderen".

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Ungeziefer für Kinder, Flasche 2,50 M., 1,50 M. u. 75 Pf.
Parasiten-Liniment Pfeifferol gegen Ungeziefer, Flasche 2,50 M. und 1,50 M.
Triceresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe, Dose 1,25 M. und 1,— M.
Kinderpuder Pfeifferol, bestes Einstreumittel für Kinder.
Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen und Schinnen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, N 65, Schulstraße 17.
Lieferanten der Deutschen Armee in Fußpflege-, Ungeziefer- und Frostmitteln

DER „HIAS"
Täglich 7½ Uhr abends
Walhalla-Theater Weinbergsweg

Verein für das Deutschtum im Auslande
Livland-Estland Ausstellung
Kgl. Akademie der Künste Pariser Platz 4

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah
Deutsche Tänze
7½ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Tüchtige Schlosser auf Eisenkonstruktion sowie Arbeiter verlangen 854L*
Wolf Netter & Jacobi, Adlershof, Abtl. K.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gaumenpl. **Zahnpraxis Hatvani,** Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee.

Am 14. 6. verschied nach kurzem Leiden mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Großvater, Schwager und Onkel, der Sattler
Otto Hohn.
Dies zeigen im tiefsten Schmerz an
Ww. Rosalie Hohn, geb. Rogisch.
Ww. Herta Kasparek als Tochter
und klein Bruno als Enkel.
Berlin, Zwinglistr. 26 I.
Die Einäscherung findet am Dienstag, den 18. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Am Donnerstag, den 13. dieses Monats, verschied plötzlich am Herzschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Kantinenverwalter
Max Hippe.
Um stilles Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen
Frau Emma Hippe nebst Kinder
Familie Meyer.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Halle der St. Elisabeth-Gemeinde, Wollankstr. 66 (Prinzenallee) aus statt.
Berlin, den 16. Juni 1918.
Waffenwerke Oberspree.

Kastenwagen
und alle anderen Transportgeräte tief. billigst. Groß. Vorrat
G. Wagner, Cöpenick. Str. 71

4 tüchtige Schuhmacher
zum Aufhohlen und Absätze.
Elektr. Besohlanstalt,
857L* Sandersir. 19.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerst. 75 II
Zentrum 1904. 9-2 u. 3-7 geöffnet
Volle normale Beleihung
Diskretion, Reellität. Gelegenheitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksachen
10—50% unt. Ladenpr.

Ziehung am 20. und 21. Juni
Rote Kreuz-Lotterie
Gesamtw. d. Gewinne Mark
Hauptgewinne
100 000
50 000
10 000
Lose zu 3.30 M. Postgebühr und Liste 45 Pf.
Eine feine Banknotentasche mit 10 Losen für 33 M.
einschließlich Postgebühr und Liste
noch zu haben in der Glückskollekte
Gustav Haase Nchfg., Berlin,
NO 43, Neue Königstr. 86 u. SO 16, Neanderstr. 38
Telegr.: Schwarz Berlin Neuekönigstr. 86.

Tätowierungen,
Muttermale, Leberflecke beseitigt schnell und sicher ohne Berufsstörung Tätoex M. 12,00 Apoth. Lauensteins Versd., Spremberg L. 44.

Mehrere 100
Arbeiter,
nicht wehrpflichtige Leute, für außerhalb gesucht. Zu melden bei Carl Brandt, Berlin W 9, Schellingstraße 7. [*

Zeitungsträger
für den „Vorwärts" wird eingestellt. Passend für Invaliden.
Teikel, Lichtenberg, Wartenbergstr. 1.
Meldezeit 11-1½, u. 4½-7 Uhr

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäßige Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., milde, schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl
Spr. 10—1u. 5—8, Sonnt. 10—1

Tüchtige Werkzeugmacher, Werkzeugdreher, Einrichter für Pittler-Revolverbänke, Bohr- und Fräsmaschinen sowie kräftige Revolverdreherinnen suchen
R. Stock & Co. A.-G.,
Berlin-Marienfelde, Abt. Zit. 721L*

Tüchtige
Aluminium-Schweißer
sowie Dreher
sucht 2762*
Benz & Cie., A.-G.,
Charlottenburg, Salzufer 2—3.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Markusstr. 36. Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Tempelhof: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11.
Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.